

Die Pläne für neue Tagebaue müssen vom Tisch

Vattenfall hat die Umsiedlungsvorbereitungen für die Erweiterung des Tagebaus Nochten in der Lausitz gestoppt. Jetzt muss die Unsicherheit für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner endlich beendet werden;



die Pläne für neue Tagebaue gehören vom Tisch. Das gilt auch für die Pläne der MIBRAG, noch das Dorf Pödelwitz ihren Expansionsplänen zu opfern.

Die Staatsregierung muss sich endlich der Realität stellen. Die bestehenden Tagebaue reichen für die Kraftwerke bis über das Jahr 2030 hinaus. Die Energiewende schreitet rasch voran. Die Ära der Kohle geht zu Ende. Träume vom Braunkohlebergbau in Sachsen bis zum Ende des Jahrhunderts sind ausgeträumt. Wenn die in Sachsen tätigen Energiekonzerne ihre Chancen in der Energiewende nutzen, können sie weiterhin wichtige Arbeitgeber und Investoren im Freistaat sein. Darauf und auf deren Verantwortung für die Sanierung der Bergbaufolgen muss sich die Staatsregierung konzentrieren. Weitere Augenwischerei hilft niemandem.



Kontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden



Dr. Gerd Lippold
klima- und energiepolitischer Sprecher
Telefon: 0351/ 493 48 40
E-Mail: gerd.lippold@slt.sachsen.de

Parlamentarische Beratung
Jan Stoye
Telefon: 0351/ 493 48 32
E-Mail: jan.stoye@slt.sachsen.de

www.gruene-fraktion-sachsen.de

Diese Publikation dient der Information und darf nicht zur Wahlwerbung eingesetzt werden.

V.i.S.d.P.: Andreas Jähnel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Bildnachweis: Titel: Montage unter Verwendung von Material von gosphotodesign/Fotolia;
Demonstration: Flickr/Grüne Sachsen; Tagebau: Commons Wikimedia Ralf Roletschek Lizenz
CC BY 3.0; Foto Dr. Gerd Lippold: Juliane Mostertz (Fotografisch);
gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Stand: Juli 2015

Der Ausstieg aus der Braunkohle

– wird in Sachsen Schritt für Schritt Realität



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Zusammenbruch der DDR-Energiewirtschaft kostete in den 1990er Jahren über 90 Prozent der Kohlearbeitsplätze. Die Energiewirtschaft in Sachsen hat den abrupten Strukturwandel hinter sich. Vor uns steht die zweite Veränderung in den Energieregionen. Der Braunkohleausstieg kommt. Wovor die sächsische CDU/SPD-Staatsregierung noch die Augen verschließt, wird unaufhaltsam und Schritt für Schritt Realität.

Wir wollen aber, dass die Veränderungen diesmal nicht abrupt kommen, sondern für jeden planbar.

Der Vattenfall-Konzern möchte sich aus der Braunkohle zurückziehen und die Aktivitäten der MIBRAG sind abhängig von riskanten Geschäftsmodellen eines tschechischen Eigentümers. Wir, die sächsische Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, halten das Ende der Braunkohleverstromung auch in Sachsen für unvermeidlich. Wir wollen den Einstieg in einen geordneten Ausstieg. Wir wollen Energiewende und Klimaschutz voranbringen. Das geht nur mit dem schrittweisen Kohleausstieg.



Keine Planungssicherheit in der Kohlewirtschaft

Anfang Juli 2015 bejubelte Sachsens Staatsregierung ihre Mitwirkung am „Aus“ für den Klimaschutzbeitrag der Bundesregierung (sogenannte ‚Kohle-Abgabe‘). Statt wie geplant bis zum Jahr 2020 22 Mio. Tonnen CO₂ bei der Kohleverstromung einzusparen, wurden Sparziele zusammengemixt, die teurer sind und nicht den erhofften Einsparbetrag bringen können.

Das kann die Probleme am Strommarkt nicht lösen und dem Klima nicht helfen. Die Klimaschutzziele aber gelten weiter. Deshalb wird die Entscheidung über wirksame Klimaschutzinstrumente spätestens 2018 nach der nächsten Bundestagswahl erneut auf den Tisch kommen. Die Bürgerinnen und Bürger werden später noch einmal dafür zahlen, die gesetzten Ziele auch wirklich zu erreichen.

Der verkündete Kompromiss bringt das Gegenteil von langfristiger Planungssicherheit für Unternehmen in der Kohlewirtschaft. Und er ist das Gegenteil davon, was die betroffenen Menschen in der Lausitz und im Leipziger Südraum brauchen.

Weitere 200 Mio. Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2030 einsparen

Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und sein Vize Martin Dulig (SPD) sollten sich nicht zu früh freuen: Deutschland hat sich international verpflichtet, bis zum Jahr 2030 weitere 200 Mio. Tonnen CO₂ einzusparen. Ohne tiefe Einschnitte bei der Kohleverstromung ist das nicht zu schaffen!

Selbst der kürzlich vereinbarte faule Kompromiss zum Klimaschutz führt bereits in den nächsten Jahren zur Abschaltung von Braunkohlekraftwerken, die Sachsen mindestens indirekt betreffen wird. Der Kohlebedarf aus den Revieren in Mitteldeutschland und der Lausitz sinkt. Tagebau-Erweiterungspläne, die „Weiter-Sol!“-Perspektiven vorgaukeln, erscheinen damit noch unsinniger, als sie vor dem Hintergrund einer rasanten Energiewende ohnehin schon sind.

Privathaushalte zahlen, Umwelt wird belastet

Im Vergleich zum Klimaschutzbeitrag bedeutet der aktuelle Kompromiss:

- weniger Klimaschutz und höhere Stromrechnungen für Privathaushalte
- bis 2020 allein in Sachsen 20 bis 40 Millionen Tonnen mehr CO₂, 350 bis 700 Kilogramm mehr Quecksilber und bis zu 1.000 Tonnen mehr Feinstaub in der Luft